

Beschluss

Sitzung: 41. Vollversammlung

am: 25.11.2017



zu TOP

08

Thema: **Ausbildung besser machen! Qualität der dualen
Ausbildung verbessern!**

Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt das Positionspapier zur Verbesserung der Qualität der dualen Ausbildung.

Der Vorstand wird beauftragt, hierzu Gespräche mit der Landesregierung und den Fraktionen des Thüringer Landtages zu führen.

Abstimmung:

Ja: 54

Nein: 0

Enthaltung: 1

1 **Ausbildung besser machen! Qualität der dualen Ausbildung verbessern**

2

3 Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell. Sie bietet eine fundierte Grundlage für junge Men-
4 schen bezüglich ihres Startes in das Arbeitsleben. In Thüringen wird es, auch auf Grund der demogra-
5 fischen Entwicklung, in den nächsten Jahren einen enormen Fachkräftebedarf geben. In Thüringen
6 gibt es sehr gute Ausbildungsbetriebe, aber leider auch solche, die Auszubildende nur als billige Ar-
7 beitskräfte ansehen. Zwar hat sich in den letzten Jahren das Ausbildungsplatzangebot für junge Men-
8 schen in Thüringen verbessert, aber immer noch bekommen nicht alle Ausbildungsinteressierten den
9 passenden Platz. Außerdem gibt es weiterhin viele Auszubildende, die ihre Ausbildung abbrechen.
10 Deshalb ist es notwendig, die Qualität der dualen Ausbildung im Interesse der jungen Menschen zu
11 erhöhen.

12 **Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert:**

- 13 – Politik und Unternehmen müssen die Rahmenbedingungen der dualen Ausbildung verbessern,
14 um die duale Berufsausbildung als attraktive Perspektive für junge Menschen zu erhalten.

15

16 **Niemanden zurücklassen**

17 Bundesweit haben im Jahr 2016 zum ersten Mal mehr junge Menschen mit Abitur eine duale Ausbil-
18 dung begonnen als mit einem Hauptschulabschluss. Für junge Menschen mit Hauptschulabschluss
19 oder ohne Schulabschluss wird es immer schwerer, Ausbildungsstellen zu finden.

20 **Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert:**

- 21 – Unternehmen müssen insbesondere jungen Menschen ohne Schulabschluss oder mit
22 Hauptschulabschluss eine Chance geben und sie fördern. Es darf keine Bestenauslese geben,
23 bei denen nur noch junge Menschen mit Abitur oder mittlerem Schulabschluss
24 Ausbildungsplätze bekommen.
- 25 – Die Landespolitik muss sich auf Bundesebene für Unterstützungsprogramme, wie die
26 „assistierte Ausbildung“, zur Unterstützung von Auszubildenden einsetzen und die Umsetzung in
27 Thüringen fördern.

28

29 **Qualität der Berufsschule verbessern**

30 Für eine gute Berufsausbildung spielt die Qualität der Berufsschule eine ebenso wichtige Rolle wie
31 die Ausbildungsbedingungen in den Betrieben. In der Berufsschule soll das im Betrieb erworbene
32 praktische Wissen vertieft sowie eine berufliche Grund- und Fachbildung und theoretische Inhalte
33 vermittelt werden. Befragungen unter Auszubildenden zeigen aber, dass die Qualität an den Schulen
34 oft nicht ausreichend ist.

35 **Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert:**

- 36 – Die Ausstattung von Schulen und die Qualität des Unterrichts müssen verbessert werden.
37 Insbesondere mit einer zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt ist es dringend
38 notwendig, in Berufsschulen mehr zu investieren. Die digitale Infrastruktur muss ausgebaut
39 werden und digitale Lernmedien müssen zur Verfügung gestellt werden, um mit den
40 Entwicklungen in den Unternehmen Schritt halten zu können.
- 41 – Zu einer guten Verzahnung der Ausbildungsinhalte in Betrieb und Berufsschule ist eine
42 verpflichtende Kooperation der Lernorte notwendig. Lernortübergreifende
43 Berufsbildungspläne müssen unter Einbeziehung der Sozialpartner*innen und betrieblichen
44 Interessenvertretungen entwickelt werden.

- 45 – Die Landespolitik muss den Lehramtsberuf an Berufsschulen durch folgende Maßnahmen
46 attraktiver gestalten:
- 47 - Einstellung von mehr Berufsschullehrpersonal, auch durch Qualifizierung und pädagogi-
48 sche Weiterbildung von Quereinsteiger*innen nach einem Meisterabschluss
 - 49 - Zahlung attraktiver Gehälter und Gewährleistung von Aufstiegsmöglichkeiten
 - 50 - Reduzierung des Anteils der Pflichtstunden zu Gunsten der individuellen Begleitung von
51 Schüler*innen und der Zeit für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts
 - 52 - Einstellung von mehr pädagogisch qualifizierten Fachpersonal sowie Sozialarbei-
53 ter*innen, die das Lehrpersonal in der Betreuung der Schüler*innen unterstützen.

54

55 **Berufsschulklassen erhalten**

56 Immer mehr Auszubildenden müssen weite Wege auf sich nehmen, da ihre Ausbildungen an einer
57 näher liegenden Berufsschule nicht mehr angeboten werden. Dadurch entstehen an anderen Schul-
58 standorten Klassen mit sehr vielen Schüler*innen, worunter die Lernbedingungen leiden.

59 **Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert:**

- 60 – Berufsschulklassen müssen ab einer Klassengröße von sieben Schüler*innen erhalten
61 werden. Ein idealer Unterricht ist bei einer Klassengröße von maximal 15 Schüler*innen
62 möglich. Deshalb sollten Klassen nicht größer sein.

63

64 **Mobilität unterstützen – Azubis entlasten**

65 Durch weite Anfahrtswege entstehen für junge Menschen enorme finanzielle, aber auch zeitliche
66 Belastungen. Die Anforderungen an die Mobilität junger Menschen steigen weiter.

67 **Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert:**

- 68 – Einführung eines landesweit gültigen Tickets, welches Auszubildende nutzen können. Unter-
69 nehmen und Landespolitik sind in der Pflicht, eine Lösung zu erarbeiten, die nicht auf dem
70 Rücken der Auszubildenden finanziert wird. Ein Ticket darf keine finanzielle Mehrbelastung
71 sein, sondern muss die Auszubildenden spürbar entlasten.

72

73 **Gesetze einhalten und kontrollieren**

74 Nicht alle Ausbildungsbetriebe halten sich immer an die gesetzlichen Vorgaben. Auszubildende be-
75 richten regelmäßig von Gesetzesverstößen. Als Beispiel sei hier Wochenendarbeit im Einzelhandel
76 genannt. Es kommt immer wieder vor, dass Auszubildende mehr als zwei Wochenenden im Monat
77 arbeiten müssen, obwohl dies gesetzlich verboten ist. Ein weiteres Beispiel ist die sittenwidrige Be-
78 zahlung. Immer wieder müssen Auszubildende ihre ihnen zustehende Ausbildungsvergütung einkla-
79 gen.

80 **Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert:**

- 81 – Die Landesregierung ist gefordert, wirksame Kontrollen zur Einhaltung der Gesetze
82 durchzuführen mit dem Ziel, dass sich Unternehmen an bestehende Gesetze halten.
- 83 – Die Landespolitik muss Regelungen schaffen, damit Auszubildende in der Berufsschule die
84 Möglichkeit haben, sich durch ihre zuständige Gewerkschaft über ihre Rechte informieren zu
85 lassen. Ebenso muss allen Auszubildenden Informationsmaterial zur Verfügung gestellt
86 werden, welches sie über ihre Rechte in der Ausbildung aufklärt.

- 87 – Die Landesregierung ist aufgefordert, ein unabhängiges, funktionierendes
88 Beschwerdemanagement einzuführen, an welches sich Auszubildende bei Problemen und
89 Konflikten wenden können.

90

91 **Berufsbildungsgesetz reformieren**

92 Das Berufsbildungsgesetz ist das zentrale Gesetz, in dem die Rahmenbedingungen für die duale Aus-
93 bildung geregelt sind. Für eine Verbesserung der dualen Ausbildung ist die Novellierung des Berufs-
94 bildungsgesetzes zwingen erforderlich.

95 **Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert:**

96 Die Landesregierung muss sich für eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes einsetzen. In diesem
97 ist dringend zu regeln:

- 98 – Verankerung einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie (Rechtsanspruch auf einen Ausbil-
99 dungsplatz) für junge Menschen mit dem Ziel, dass endlich Unternehmen das durch das
100 Bundesverfassungsgericht 1980 definierte auswahlfähige Ausbildungsangebot von 112,5
101 Plätzen für 100 Ausbildungsinteressierten anbieten.
- 102
- 103 – Aufnahme einer verpflichtenden Regelung, dass Auszubildende zu Beginn der Ausbildung
104 ihren Ausbildungsplan erhalten.
- 105
- 106 – Erweiterung der Lehr- und Lernmittelfreiheit auf Materialien der Berufsschule.
- 107
- 108 – Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für beide Teile der dualen Ausbildung
- 109
- 110 – Konkretisierung der persönliche Eignung des Ausbildungspersonals, einschließlich Auf-
111 nahme entsprechender pädagogischer Bildungserfordernisse
- 112
- 113 – Regelung von Praxisphasen des dualen Studiums
- 114
- 115 – Aufnahme einer Regelung zur Übernahme nach der Ausbildung; im Falle einer Nicht-
116 übernahme nach der Ausbildung die Aufnahme einer Verpflichtung für die Unternehmen,
117 diese drei Monate vor Abschluss der Ausbildung den Auszubildenden mitzuteilen.